

Ständerat lehnt Initiative für eine gesunde Krankenversicherung ab.

## **Vorwände gesucht und gefunden**

Das gegenwärtige Krankenversicherungssystem ist zutiefst krank. Niemand in unserem Land verneint das. Die im letzten Jahr vom Bundesrat eingebrachten Sofortmassnahmen, die ihre Bewährung allerdings erst noch zu beweisen haben, belegen diese Tatsache ebenfalls. Mehr noch als Experten und Politiker kennen die Versicherten die miese Lage, die für sie unhaltbar geworden ist. Sie bezahlen einen hohen Tribut für die Fehler des Systems: nichtfunktionierende Solidarität, hohe Hürden für das Wechseln von einer Kasse in eine andere, zu hoher Selbstbehalt, unerschwingliche Prämien, Einkommensverluste für alle, die keine Taggeldversicherung haben. Dazu steigen die Gesundheitskosten dauernd an, und die Eidgenossenschaft, die seit über 15 Jahren die Subventionen eingefroren hat, wäscht sich die Hände und überwälzt die wachsenden Kosten auf die Bevölkerung.

Es ist nun sechs Jahre her, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) ihre Volksinitiative „für eine gesunde Krankenversicherung“ im Bundeshaus eingereicht haben. Sie hat drei Ziele, ohne die es keinen Ausweg aus der Misere gibt:

### **Alle sollen versichert sein**

Die Krankenversicherung muss obligatorisch werden. Damit würden die Mängel der heutigen, freiwilligen Versicherung beseitigt: die unterschiedlichen Prämien je nach Eintrittsalter, die Versicherungsvorbehalte, die Ungleichheit der Prämien von Frau und Mann, der Ausschluss der alten Leute und der Einkommensverlust im Krankheitsfall. Die „Freiwilligkeit“ des Systems, heute bei weitem vorherrschend, täuscht: Wer kann sich schon erlauben, nicht in einer Krankenkasse zu sein und das Risiko auf sich nehmen, allenfalls die Kosten einer Krankheit, die Pflegekosten selbst zu bezahlen? Es ist denn auch praktisch die ganze Bevölkerung versichert. Aber die Fiktion der Freiwilligkeit erlaubt es, die Versicherten gegeneinander auszusortieren und jene mehr bezahlen zu lassen, die anfälliger auf Krankheiten sind.

### **Jeder gemäss seinen Mitteln**

Die Finanzierung der Versicherung soll den finanziellen Verhältnissen der Versicherten Rechnung tragen. Nebst den Kindern, für die die Krankenversicherung gratis sein soll, wird die ganze Bevölkerung Prämien gemäss dem Einkommen zu bezahlen haben. Auch der Selbstbehalt soll proportional zum Einkommen gestaffelt sein, so dass jede Person ein vergleichbares Opfer zu bringen hat und der Anreiz, einen medizinischen Überkonsum zu vermeiden, auch für hohe Einkommen spielt. Dann sollen auch die öffentlichen Subventionen - gespiessen durch der Progression unterstellte Steuern - wieder jenen Anteil an den Gesundheitskosten übernehmen, den sie bis Mitte der siebziger Jahre trugen. So lässt sich vermeiden, dass die aktive Bevölkerung die stets wachsenden Gesundheitskosten der alten und der ganz alten Leute zu tragen hat.

### **Alle sollen Verantwortung übernehmen**

Die freie Arztwahl und die Behandlungsfreiheit sollen gesichert bleiben. Aber diese Freiheit soll nicht zu Lasten eines effizienten Einsatzes der Mittel der Sozialversicherung gehen. Die Kosten des Gesundheitswesens sollen auch über den Einbezug von Massnahmen der Gesundheitsvorsorge, der Hauskrankenpflege und gewisser Leistungen der sogenannten „sanften Medizin“ in den Griff genommen werden.

### **Eine halbe Reform...**

Die SGB-SP-Initiative hat eine doppelte Reaktion beim Bundesrat hervorgerufen. Er schlägt eine Revision vor, die auf halbem Wege stecken bleibt, und empfiehlt die Ablehnung der Initiative. Allerdings hat er etliche Zweifel am guten Willen des Parlamentes und brachte deshalb in seiner Botschaft zur Initiative den folgenden, doch eher überraschenden Satz ein: „Sollten die eingeleiteten Reformbemühungen jedoch im weiteren Verlauf auf unüberwindliche Hindernisse stossen, so könnte sich der Bundesrat gegebenenfalls veranlasst sehen, seine Haltung zur Initiative neu zu überdenken.“ Im Klartext heisst das: Unsere Landesregierung anerkennt den Wert der gewerkschaftlichen Vorschläge. Der Ständerat hat nun allerdings, gegen zwei sozialdemokratische Stimmen, die Initiative abgelehnt. Der kritischen Bemerkungen sind mehr geworden; sie beziehen sich auf die öffentlichen Subventionen, die Ausgestaltung der Prämien gemäss den Einkommen, die Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung der Versicherung, die Rolle des Bundes in bezug auf die Verwirklichung eines einheitlichen Systems in der ganzen Schweiz, womit auch die Kostenkontrolle einherginge.

Die im Ständerat vorgebrachten Argumente, die gesuchten und schliesslich gefundenen Vorwände, sind keine guten Vorzeichen für das, was der Ständerat nun weiter in der Materie zu tun hat. Denn viele der Einwände gelten auch für den Vorschlag des Bundesrates für die Revision der Krankenversicherung. Ein Vorschlag, der leider durch unübersehbare Mängel „sündigt“, indem zum Beispiel am Bonus festgehalten wird oder daran, dass die Kantone bestimmen sollen, von wo an Prämienzahler und -zahlerinnen Anrecht

auf Subventionen haben. Das Bundesratsprojekt muss noch entschieden verbessert werden, wenn es als echter Gegenvorschlag zur Initiative taugen soll.

Der SGB ist bereit, seine Ideen und Erfahrungen in dieser Materie für das Suchen einer Konsenslösung einzubringen .

### **...und drohende Gefahren**

Dagegen möchte der freisinnige Schaffhauser Kurt Schüle sich so schnell wie möglich der Initiative entledigen. Noch bevor die vom Bundesrat vorgeschlagene Revision der Krankenversicherung an die Hand genommen wird. Er träumt von einer Kampagne, die dem guten Volk die Beseitigung aller Übel vorgaukeln würde, wenn es nur den bürgerlichen Parlamentariern vertraut und die Initiative der „Linken“ vom Tisch fegt. Schon am Tage nach der Abstimmung wären die guten Absichten vergessen. Eine derartige Taktik ist einer Demokratie unwürdig, die doch eigentlich verlangt, dass Bürgerinnen und Bürger zwischen klaren Alternativen entscheiden können. Wetten, dass der Bundesrat nicht Hand bietet zu einem derartigen Winkelzug.

Ruth Dreifuss.

PTT-Union-Zeitung, 2.4.1992.

PTT-Union > Krankenversicherung. Initiative. PTT-Union,1992-04-02